Beschluss (vorläufig) Sicherheit und Freiheit

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 21.11.2019

Antragstext

Nürnberg ist eine der sichersten Großstädte Deutschlands. In den vergangenen Jahren ist die Kriminalität kontinuierlich gesunken, während gleichzeitig immer mehr Verbrechen aufgeklärt werden können. Dennoch haben immer mehr Menschen Angst vor Gewalt, Einbruchskriminalität oder Übergriffen im öffentlichen Raum. Dieser paradoxen Entwicklung stellen wir uns mit bedachtem Handeln und einer nüchternen Analyse der Lage. Wir setzen dabei auf städtebauliche und gestalterische Maßnahmen und eine effektive, partnerschaftlichen Zusammenarbeit der städtischen Behörden mit Polizei und Justiz. Alle Bürger*innen sollen sich im öffentlichen Raum wohlfühlen und sich gerne und ohne Angst durch die Stadt bewegen.

Sicherheit gehört für uns in die Hände der Polizei. Wir fordern vom Freistaat Bayern eine gut ausgestattete Polizei mit genügend Personal, die in Nürnbergs Stadtvierteln bürger*innennah präsent ist, was eine Militarisierung der Polizei ausschließt. Eine Verlagerung polizeilicher Kompetenzen auf ehrenamtliche beziehungsweise private Dienste lehnen wir ab. Wir wollen keinen kommunalen Ordnungsdienst auf Nürnbergs Straßen.

Die bestehenden Strukturen der kommunalen Kriminalitätsprävention wollen wir evaluieren und wo erforderlich stärken. Wir sehen Potenziale vor allem im gezielten Einsatz von Streetwork und in der verstärkten Einbindung von beteiligten oder betroffenen Gruppen. Solche bürger*innennahen Ansätze erfordern ehrenamtliches Engagement. Auch deshalb wollen wir dieses weiter fördern und stärken.

Eine geringe Aufenthaltsqualität bedeutet nicht von vornherein eine Gefahr. Dennoch führt sie dazu, dass Menschen sich unwohl fühlen und solche Räume meiden. Deshalb wollen wir die Gestaltung unserer Straßen und Plätze verstärkt in den Blick nehmen, so dass alle unbesorgt am öffentlichen Raum teilhaben. Wenn Stadtviertel, Wege, Straßen und Plätze gemeinsam mit den Bürger*innen so geplant und gestaltet werden, dass sie sich damit identifizieren können, kümmern sie sich auch stärker um ihr Quartier und machen den öffentlichen Raum zu ihrer Angelegenheit.

Wichtig ist auch, dass der öffentliche Raum sauber und ansehnlich ist. Wir setzen uns für angemessene Reinigung, mehr Abfallbehälter, aber auch mehr Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit ein. Bürger*innen sollen der Stadt Verunreinigungen per „Dreck-weg-App“ melden können, damit die Stadt schneller reagieren kann.Wir setzen uns für eine entspannte böllerfreie Feierkultur in der Stadt an Silvester ein.

Schlüsselprojekt AKIM (allparteiliches Konfliktmanagement)

Als Alternative zum Kommunalen Ordnungsdienst schlagen wir ein allparteiliches Konfliktmanagement vor. AKIM wird bei Konflikten an öffentlichen Plätzen aktiv, wo andere Stellen nicht zuständig sind, oder weil ihr Einsatz nicht

verhältnismäßig oder rechtswidrig wäre. Die AKIM-Konfliktmanager*innen sind vor Ort, um durch ihre Präsenz Konflikte zu beruhigen und vermittelnd einzugreifen, sprechen mit den Konfliktparteien und informieren sie ggf. über die Regeln im öffentlichen Raum. Sie benennen zuständige Stellen für weiterführende Hilfe oder schalten sich direkt ein. Im Problemgebiet sind die Konfliktmanager*innen für alle Seiten ansprechbar.